

## **MEDIENKONFERENZ VOM 11. JANUAR 2017**

BIKANTONALES KOMITEE "NEIN ZUR UNTERNEHMENSSTEUERRE-  
FORM III"

# Susanne Leutenegger Oberholzer

Nationalrätin SP BL, Präsidentin WAK-N

## **Breites Bündnis gegen die ungerechte Unternehmenssteuerreform III**

Es gilt das gesprochene Wort

Ein breit abgestütztes Komitee, bestehend aus Vertreterinnen und Vertreter linker und grüner Parteien, von Gewerkschaften, von Kultur, Bildung und Kirche der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt, setzt sich am 12. Februar 2017 für ein Nein zur ungerechten Unternehmenssteuerreform III ein. Sie bekämpfen damit gemeinsam eine überladene und ungerechte Steuerreform, die die Finanzierung der öffentlichen Leistungen gefährdet und insbesondere die Gemeinden und die natürlichen Personen mehr belastet.

Wir Vertreterinnen und Vertreter der beiden Kantone bekämpfen die Vorlage gemeinsam. Die Vorlage verschlechtert die Finanzlage im Kanton Basel-Landschaft zusätzlich. Das gefährdet die Finanzierung von Institutionen mit gemeinsamer Trägerschaft in zusätzlichem Mass wie z.B. die Universität Basel, die Fachhochschulen der Nordwestschweiz, die Spitäler, aber auch kleinere Einrichtungen wie die Volkshochschule beider Basel, das bereits von BL gestrichene Angebot von Gesünder Basel, von neuen zusätzlichen Finanzierungen wie der Notschlafstelle in Basel nicht zu reden. An einer weiteren Verschlechterung der öffentlichen Finanzen von Basel-Landschaft kann deshalb auch der Kanton Basel-Stadt kein Interesse haben.

Steuerausfälle von mindestens 3 Milliarden Franken sind weder beim Bund, noch für viele Kantone und Gemeinden tragbar. Sie treffen die natürlichen Personen und insbesondere die Mittelschichten mit höheren Steuern und/oder Leistungsabbau. Das gilt es zu verhindern.

Die Ablehnung der Vorlage öffnet den Weg zu einer gerechten, ausgewogenen Reform der Unternehmen in der ganzen Schweiz. Parlament und Bundesrat sind sehr wohl in der Lage, innert kürzester Frist eine dem Volkswillen entsprechende ausgewogene Vorlage zur Reform der Unternehmensbesteuerung zu präsentieren. Alle Elemente zu einer gerechten Reform liegen bereits auf dem Tisch und sind bereits im Detail abgeklärt worden. Die neue Vorlage zur USR III muss sowohl den internationalen Anforderungen der EU und der OECD entsprechen und die Steuerprivilegien für Statusgesellschaften abschaffen. Gleichzeitig müssen Kompensationsmassnahmen bei der Gewinnbesteuerung von internationalen Konzernen durch die Unternehmen und Grossaktionärinnen und -aktionäre selbst finanziert werden. Das Fuder wurde vom Parlament überladen. Wir brauchen eine gerechte USR III, die transparent und berechenbar ist, und die nicht zu Mehrbelastungen der natürlichen Personen führt.

Dazu braucht es am 12. Februar 2017 ein Nein zum Bschiss mit der Unternehmenssteuerreform III.

Bikantonales Komitee „Nein zur Unternehmenssteuerreform III“, 11. Januar 2017

# Beat Jans

Nationalrat SP BS, Mitglied der WAK-N

## **Überladen und ungerecht**

Es gilt das gesprochene Wort

Die Bürgerliche Mehrheit hat das Fuder völlig überladen. Anstatt das Problem der Steuerprivilegien zielgerichtet zu lösen, hat sie grosszügig Steuerabzüge und Bundesmilliarden verteilt. Die damit verbundenen Steuerausfälle stehen in keinem Verhältnis zum standortpolitischen Nutzen. Im Gegenteil. Sie sind so gross, dass der Mittelstand dafür bezahlen müssen. Das schwächt die Binnennachfrage und wird sich negativ auf unsere Wirtschaft auswirken.

Neuerdings sollen Unternehmen Zinsen von den Steuern abziehen können, die sie gar nicht bezahlt haben (zinsbereinigte Gewinnsteuer). Und für jeden Franken der in Forschung und Entwicklung investiert wird, dürfen sie 1.50 Franken von den Steuern abziehen (Inputförderung). Damit werden faktisch Subventionen eingeführt. Und zwar ausgerechnet für Konzerne, die Gewinne schreiben. Das ist absurd und völlig unnötig.

Niemand bestreitet, dass wir etwas tun müssen, um die Firmen hier zu behalten. Es braucht Kompensationsmassnahmen wie etwa die Patentbox. Die Vorlage muss vom Parlament entschlackt werden, sonst laufen die Kosten aus dem Ruder. Und es muss dafür sorgen, dass die Grossaktionäre einen Teil der Ausfälle aus ihren zusätzlichen Gewinnen finanzieren.

# Maya Graf

Nationalrätin Grüne BL

## **Gemeinden und BürgerInnen bezahlen die Zeche**

Es gilt das gesprochene Wort

Die Steuerausfälle der völlig überladenen Unternehmenssteuerreform III werden insbesondere die Städte, die Gemeinden und die BürgerInnen tragen müssen. Immer mehr besorgte bürgerliche GemeinderätInnen treten im Baselbiet an die Öffentlichkeit und legen ihre kalkulierten Steuerausfälle offen. Das Vorgehen des Baselbieters Finanzdirektors und der Regierung ist verantwortungslos. In Basel-Landschaft wird den StimmbürgerInnen vor der Abstimmung KEINE Umsetzungsvorlage präsentiert. Im Gegenteil, Herr Lauber korrigiert die Steuerausfälle mit einem Trick vor Weihnachten noch nach unten. Das schafft kein Vertrauen, höchstens Verunsicherung. So geht das nicht, weder im Baselbiet noch schweizweit.

Die rechtskonservative Mehrheit im Bundesparlament hat die Vorlage zu einem gigantischen Steuersenkungspaket für alle Unternehmungen umgebaut. Jetzt resultieren 1,3 Mia. Franken Steuerausfälle nur schon für den Bund. Dieser will die Einnahmeausfälle mit Reduktionen bei der Prämienverbilligung, einem Abbau bei der Bildung, bei der Entwicklungshilfe, beim Umweltschutz und beim öffentlichen Verkehr ausgleichen. Alles Bereiche, welche für unsere Grüne Politik zentral sind.

Auch im Kanton Basel-Landschaft werden die Auswirkungen verheerend sein, denn bereits heute jagt ein Sparpaket das andere (Uni, Bildung, OeV, etc). Mit der Unternehmenssteuerreform III werden nochmals fast 50 Mio. Franken jährlich in der Kantonskasse fehlen, bei den Gemeinden werden es rund 30 Mio. Franken jährlich sein. Leere Haushaltskassen verhindern vorausschauendes Handeln und zukunftsweisende Investitionen. Darunter leidet die Standortattraktivität für Unternehmen und für die Menschen die Lebensqualität.

Ein gutes Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrssystem, Investitionen in nachhaltige Infrastruktur und Energieträger, das sind die wesentlichen Pfeiler für die Standortattraktivität der Region Basel und der ganzen Schweiz. Tragen wir Sorge dazu. Diese zu erhalten und zukunftstauglich zu machen, braucht Steuererträge. Steuererträge, die gerecht und ausgeglichen von Unternehmen und SteuerzahlerInnen nach ihrer Finanzkraft getragen werden. Dieses gigantische Umverteilungsprojekt „Unternehmenssteuerreform III“ reisst Millionenlöcher in die Kassen von Städten und Gemeinden. Und die Bürgerinnen und Bürger bezahlen die Zeche. Aus alle diesen Gründen haben die Grünen Baselland und die Grünen Basel-Stadt NEIN gesagt.

# Thomas Leuzinger

Vorstandsmitglied Gewerkschaftsbund BGB & GBBL

## **USR III gefährdet Arbeitsplätze und verschlechtert die Bedingungen auf dem Werkplatz Schweiz nachhaltig.**

Es gilt das gesprochene Wort

Die Befürworter behaupten, bei den heute steuerprivilegierten Holding- und Beteiligungsgesellschaften seien 150'000 Arbeitsplätze gefährdet, falls die USR III nicht angenommen würde. Das ist falsch. Diese Phantasiezahl dient der Verschleierung der negativen Folgen, welche die USR III auch für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze hat.

Zum einen sind von den 24'000 Gesellschaften, die heute von Steuerprivilegien profitieren, mindestens 9'000 reine Briefkastenfirmen. Diese dürfen gemäss Gesetz gar kein Personal in der Schweiz beschäftigen. Selbst wenn einige davon ihren Sitz verlegen, hätte das kaum Auswirkungen auf die Beschäftigung in der Schweiz.

Zum andern führen die Steuerausfällen der USR III von 3-5 Milliarden Franken zu Kürzungen bei Ausbildung, Infrastruktur, Verwaltung und Forschung. Gut ausgebildete Fachkräfte, funktionierende Infrastruktur, qualitativ hochstehende Forschung, gut funktionierende Verwaltungen und Rechtssicherheit sind aber entscheidende Faktoren für Firmen. Diese Erfolgsfaktoren, welche für die Ansiedlung von Unternehmen zentral sind, würden durch die USR III ausgehöhlt.

Daneben stehen auch zahlreiche Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die Milliardenausfälle gefährden rund 30'000-50'000 Arbeitsplätze im Service Public. Das bedeutet mehr Arbeitslosigkeit und schlechtere öffentliche Dienstleistungen. Aus Arbeitnehmersicht kann dies nur eines heissen: Nein zur USR III.

# Michael Weiss

Geschäftsführer des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

## Es gilt das gesprochene Wort

Gemäss einer Untersuchung des LCH wurden im Zeitraum 2013 bis 2015 in den Deutschschweizer Kantonen im Bereich der Bildung Abbaumassnahmen im Umfang mindestens 265 Mio. CHF beschlossen. Bis 2018 sind weitere Abbaumassnahmen im Umfang von mindestens 370 Mio. CHF geplant. Nachdem bislang mehrheitlich die Anstellungsbedingungen verschlechtert werden, werden zukünftig vor allem die Unterrichtsbedingungen unter Druck kommen.

Die Einnahmehausfälle durch die Unternehmenssteuerreform III würden diese Entwicklung weiter beschleunigen. Eine weitere Demontage unseres Schulsystems könnte schneller als gedacht dazu führen, dass gute Bildung nur noch an teuren Privatschulen angeboten würde und einer privilegierten Oberschicht vorbehalten wäre. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften würde zunehmen, ebenso die soziale Ungerechtigkeit.

Darum würde die USR III die Standortattraktivität der Schweiz nicht stärken, sondern nachhaltig schwächen.

# Guy Krneta

Kulturschaffender

## Ylüüchte

### Es gilt das gesprochene Wort

Dass Ungernäme, wo bis itz zu Unrächt sy privilegiert worde, o wyterhin söue privilegiert wärde – mou, das lüchtet y.

U dass Politiker das aus Aalass nä, wyteri Privilegie z schaffe für wyteri Ungernäme – mou, das lüchtet y.

U dass mir gar nid wüsse, weli Ungernäme profitiere, u wi viu Schtüüre die überhaupt zalen ir Schwyz – mou, das lüchtet y.

Dass mir aus mache, Ungernämen ir Schwyz z bhauten oder i d Schwyz z holen u ne glychzytig vrbiete, ihri Lütt mitznäh usem Ussland – mou, das lüchtet y.

Dass Ungernäme Zinse, wo si gar nid hei, uf Eigekapitau, wo si nid bruuche, chöi abzie – mou, das lüchtet y.

U dass Ungernäme Gwinnen us Patänt chöi abzie, wüu si mit dene Patänt sowiso schon es Monopol hei – mou, das lüchtet y.

Dass Ungernäme, wo dank Forschig u Entwicklig viu Gäüt vrdiene, Forschig u Entwicklig chöi abzie oder sogar nöi la subvenzioniere – mou, das lüchtet y.

Dass Lüt, wo Gäüt vrdiene mit Akzie, das Gäüt nid glych höch müesse vrschtüüre wi Lüt, wo Gäüt vrdiene mit Schaffe – mou, das lüchtet y.

U dass ig i Zuekumft meh Schtüüre zalen u d Gmeinden u d Kantön aber Millionelöcher hei i ihrne Budgets – mou, das lüchtet y.

Dass gschpart wird uf Chöschte vo Biudig u Soziauleischtigen u Kultur – mou, das lüchtet y.

U dass di Vorlag tuet, wi we si so kompliziert wär, dass se ke Mönsh cha vrschtah u me se drum eifach mues aanä, wüu's ke Auternative git drzue – mou, das lüchtet y.

Wen ig Ungernämer wär, mou, de würd mir das ylüchte. Aber aus Bürger mues i säge: Nei, das vrschtahn i nid.

# Xaver Pfister

Theologe und Publizist

## **Theologische Überlegungen zur Unternehmenssteuerreform III**

Es gilt das gesprochene Wort

Im ersten Testament wird eine sozialetische Position bezogen, die auch vom Neuen Testament weitergetragen wird und dem gegenwärtigen Papst ein Grundanliegen ist. Im Zentrum stehen die Armen, Schwachen, zum Beispiel Witwen und Weise. Deshalb ist jede ethische Entscheidung aus dieser Option zu fällen. Die Prophetenbücher klagen Unterdrücker an und fordern, dass die Benachteiligten dieselben Rechte haben wie alle anderen auch.

Eine so grundsätzliche Reform wie die Vorliegende muss genau analysiert werden in Bezug auf alle Verhältnisse, die von ihr betroffen sind. Karl Kraus erzählt vom Studenten der Wirtschaftsethik studieren will. Sein Professor gibt ihm zu verstehen, dass das nicht möglich sei. Sie müssen sich zwischen dem einen und anderen entscheiden.

### **Deutlicher Gegensatz zwischen Arm und Reich**

Die Frage nach der Gerechtigkeit eines Steuersystems ist gefragt. Steuern sind gerecht, wenn durch sie die für Lenkung des Staates nötige Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Steuern haben dem Gemeinwohl zu dienen. Das Gemeinwohl wird verstanden als der „Inbegriff jener gesellschaftlichen Voraussetzungen, die den Menschen die volle Entfaltung ihrer Werte ermöglichen oder erleichtert“. Es bedarf in der Moderne vor allem eines starken Staates, der die Freiheit seiner Bürger im Notfall gegen Angriffe verteidigen kann und der einzelne in prekären Lebenslagen unterstützen kann, damit sie ihre Freiheit nicht verlieren. Das bedeutet, es geht hier also um nicht mehr und nicht weniger als die ethische Begründung des Rechts- und Sozialstaates, die als Dienst am Schutz und an der Ermöglichung der Realisierung von Freiheit verstanden werden. Damit der Staat stark sein kann, braucht er finanzielle Mittel. Deshalb sagen die Klassiker der Soziallehre – exemplarisch sei hier Joseph Höffner zitiert: „Das Recht des Staates, Steuern zu erheben, ist im Gemeinwohl begründet.“

Die Unternehmenssteuerreform wird als technische Massnahme verstanden. Unklarheiten sind nicht geklärt (Höhe der Steuerausfälle, Konsequenzen für die Kantone). Ich lehne die Unternehmenssteuer III aus den folgenden Gründen ab.

1. Es wird keine Gesamtschau geliefert, in der diskutiert wird, was alles durch die USR III in Bewegung kommt.
2. Abbau im Sozialwesen wird zur unvermeidbaren Perspektive.

3. Die Fehlerfreundlichkeit, die ein wesentliches Element für die Durchführung von grossen Projekten. Wenn die Umsetzung anders läuft als geplant, muss die Möglichkeit gegeben werden, möglichst rasch darauf zu reagieren. Wenn die Reform von Hans- Rudolf Merz massiv mehr Steuerausfälle auslöste als prognostiziert. Muss auch jetzt jede Prophezeiung als offen ausgewiesen werden.
4. Der Vorrang der Armen und Schwachen ist nicht erkennbar. Die sozialpolitischen Folgen werden in der Dämmerung gelassen. Warren Buffett hat allein im Jahr 2016 volle 11,8 Milliarden US-Dollar mehr auf dem Konto als 2015. Die Trickle-down-Theorie, wonach vom zunehmenden Reichtum der Reichen auch die Armen profitieren, ist widerlegt. Der Trend geht klar zur Konzentration von Einkommen und Vermögen an der Spitze der Gesellschaft - bei gleichzeitiger Aushöhlung der Mitte und zunehmender Armut im unteren Teil. Ein Vermögenszuwachs um 11,8 Milliarden Dollar bzw. um 19 Prozent, weil Warren Buffet im Jahr 2016 besonders fleissig war und Überstunden gemacht hat? Oder weil er überdurchschnittlich gut ausgebildet ist? Und: Ist sein Vermögenszuwachs gemäss der Trickle-down-Theorie auch gut für den Mittelstand? Oder vielleicht gut für die Armen dieser Welt? Das Geld fliesst aufwärts! Das scheint nicht besonders logisch, denn was auf dieser Welt fliesst schon aufwärts?

„Bitte, nicht vergessen: Im Wasser steigen die Luftblasen, die Bubbles, ziemlich steil nach oben. Auch die Bubbles des Finanzkapitalismus steigen zurzeit ziemlich steil und schnell. Und auch sie – jeder, der es wissen will, weiss es – werden platzen.“ Der dies geschrieben hat, ist kein geringerer als der US-amerikanische Ökonom Joseph E. Stiglitz, von 1997 bis 2000 Chefökonom der Weltbank und 2001 Träger des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften.

5. Es wird von oben nicht von unten gedacht. Die Wirtschaft soll florieren, aber zu Gunsten des Volkes.
6. Es wird massiv Druck ausgeübt (zum Beispiel: Zürcher Kirche). Die Frage „Und was ist eigentlich mit den Kirchen?“ hat Ernst Stocker, SVP-Regierungsrat aus dem Kanton Zürich, an der Medienkonferenz von letzter Woche kurzzeitig in Verlegenheit gebracht. Zuvor zeigte der Zürcher Finanzdirektor eloquent und schlüssig auf, wie er die Unternehmenssteuerreform III im Kanton umzusetzen gedenkt. Nach einer kurzen Pause stellte Stocker trocken fest: Für die Kirchgemeinden seien im Rahmen der grossangelegten Steuerreform – anders als für die Politischen Gemeinden – keinerlei Kompensationszahlungen vorgesehen.

Die Ankündigung erwischt die reformierten und katholischen Kirchgemeinden im Kanton auf dem falschen Fuss. Wie die Städte und Gemeinden befürchten nämlich auch sie grosse Steuerausfälle aufgrund der USR III. Anders als in anderen Kantonen profitieren in Zürich auch die Kirchgemeinden von Steuererträgen juristischer Personen. Die Reformierten rechnen wegen der USR III mit Mindereinnahmen von rund 16 Millionen Franken im Jahr; die Katholiken mit 17,5 Millionen.

Da die Kirchgemeinden die Unternehmenssteuern, die sie erhalten, lediglich für nichtkulturelle Zwecke verwenden dürfen, würden unter den Steuerausfällen vor allem die Schwächsten leiden. Beiträge an Hilfswerke, Spezialseelsorge und Sozialdiakonie seien bedroht. Von vornherein schon werden durch die Unternehmenssteuerreform III den sozialen Diensten, welche die Kirchen erbringen, Gelder entzogen.

Wirtschaftskreise setzen die Landeskirchen in Zürich hinter den Kulissen unter Druck. Im Kanton Zürich etwa wurde den beiden grossen Landeskirchen gemäss einem Insider signalisiert: Wenn ihr die Reform bekämpft, werdet ihr dafür zahlen müssen. Konkret sei „unmissverständlich“ gedroht worden, dass der „Staatsbeitrag“ an die Kirchen gekürzt werde.

# Heidi Mück und Tonja Zürcher

Co-Präsidium der BastA!

## Die Schweiz als Parasit: Wollen wir das?

### Braucht es überhaupt eine Unternehmenssteuerreform?

Ja, unbedingt. Die bestehende Gesetzgebung zielt darauf ab, ausländische Firmen mittels Steuerprivilegien in die Schweiz zu locken. Nicht etwa, um hier zu produzieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Es reicht, dass die ausländischen Unternehmen sich als sogenannte Statusgesellschaften (z.B. Holding) konstituieren und ihren Firmensitz in die Schweiz verlegen, um von den äusserst tiefen Unternehmenssteuern zu profitieren. Das ist ungerecht gegenüber den einheimischen KMU, für die ein wesentlich höherer Steuersatz gilt. Den Herkunftsländern der ausländischen Firmen gehen so auch dringend benötigte Steuergelder verloren. Auch heizt die Schweiz damit den internationalen und interkantonalen Steuerwettbewerb an, mit den bekannten Folgen: Weniger Staatseinnahmen, Sparpakete, Sozialabbau (siehe Baselland).

Eine Unternehmenssteuerreform ist also dringend nötig. Die aktuelle Vorlage ist allerdings vor allem auf Druck der EU in die Wege geleitet worden. Die EU drohte mit Sanktion, falls die Schweiz weiterhin ausländische Firmen steuerlich derart massiv begünstigt.

### Warum stimmen wir trotzdem Nein?

Die aktuelle Vorlage beseitigt die bestehenden Ungerechtigkeiten nicht, sondern zementiert sie. Schon heute sind die Gewinnsteuern in der Schweiz im internationalen Vergleich äusserst tief. Statt nun die Unternehmenssteuer für alle Firmen auf das Niveau anzuheben, das heute für inländische Unternehmen gilt, soll die Steuer generell gesenkt werden, was für Bund und Kantone Steuerausfälle in Milliardenhöhe bedeuten. Diese hätte man mit der gleichzeitigen Einführung einer Kapitalgewinnsteuer zumindest teilweise kompensieren können. Doch auch davon wollten die eidgenössischen Räte nichts wissen. Die bürgerliche Mehrheit will Mindereinnahmen für den Staat. Das Loch in der Staatskasse dient ihr dann als Vorwand, um neue Sparpakete zu schnüren, den Service Public zu schwächen und soziale Leistungen abzubauen. Die Zeche bezahlen wir alle.

Mit der Einführung sogenannter „Patentboxen“ wurden zudem neue Steuerprivilegien für forschende Firmen geschaffen. Kurz: Die USR III zielt darauf ab, die EU zu besänftigen und gleichzeitig sicher zu stellen, dass die Schweiz weiterhin möglichst viel Steuersubstrat aus europäischen Staaten, aber auch aus armen Ländern des Südens abzweigen kann. Die reiche Schweiz als Parasit? Wir wollen das nicht!

Standortwettbewerb mittels Steuerdumping ist schäbig und geht letztlich immer auf Kosten der einkommensschwachen Bevölkerung, hier in der Schweiz und weltweit. Dazu sagen wir entschieden NEIN!

# Harald Friedl

Co-Präsident Grüne Basel-Stadt

## **Nein zum USR3-Bschiss**

Die Schweiz hat bereits heute mitunter die tiefsten Unternehmenssteuern weltweit. Dies und die privilegierte Besteuerung von Holding-, Domizil- und gemischten Gesellschaften hat dazu geführt, dass viele dieser mobilen Unternehmen in der Vergangenheit ihren Sitz in die Schweiz verlegten, was der Schweiz enorm viel Steuersubstrat einbrachte und den Ursprungsländern dieser Firmen entgeht. Diese Praxis wird nicht nur von der EU und der OECD kritisiert, auch die Grünen haben sich seit jeher gegen diese Privilegierung ausgesprochen, weshalb wir eine Steuerreform befürworten. Was dabei aber in den eidgenössischen Parlamenten herausgekommen ist, ist ein Steuersenkungsprojekt für Unternehmen ohne Kompensation der Verluste für Bund, Kantone und Gemeinden. Die meisten der geschaffenen Konstrukte sind nicht transparent und können sich wie bei der USR2 als Fass ohne Boden entpuppen. Diese Suppe hat dann wieder die Bevölkerung auszulöffeln. Da muss nachgebessert werden.

# **JUSO Basel-Stadt und JUSO Baselland**

## **Statement anlässlich der Medienkonferenz zur USR III vom 11.1.2017**

Die Unternehmenssteuerreform III ist nichts weniger als ein Selbstbedienungsladen für Aktionärinnen und Aktionäre. Nachdem bereits bei der USR II Milliarden an Steuergeldern abgezweigt und in die Taschen der Reichen umgeleitet wurden, soll es nun bei der USR III genau gleich weitergehen. Konsequenterweise arbeiteten Steuerbschiss-Berater\_innen gleich noch bei der Reform mit, die ihnen viele Aufträge bringen und Geld in die Kassen spülen wird. Kurz gesagt handelt es sich bei der Unternehmenssteuerreform III um staatlich subventionierte Gewinne für Grosskonzerne auf Kosten der Bevölkerung.

Die Kosten der Unternehmenssteuer III sind unbekannt. Klar ist einzig, dass die Steuerausfälle Milliardenlöcher in die Gemeindekassen reissen werden.

Was die Unternehmenssteuerreform III für die Region Basel bedeuten würde, hat dankenswerterweise die FDP Baselland bereits ansatzweise aufgezeigt: Bei der Universität sollen insgesamt 50 Millionen Franken abgebaut werden. Für die JUSO beider Basel ist klar: Das ist erst der Anfang einer rücksichtslosen Abbaukampagne, die sich nicht auf die Bildung allein, sondern auch auf den Service Publique und im Sozialen verheerend niederschlagen wird. Gerade für das sowieso schon geschröpfte Baselbiet ist jede weitere Abbaumassnahme eine Katastrophe. Auch die Basler Regierung kann die Augen nicht davor verschliessen: Die Unternehmenssteuerreform III erzwingt Abbaumassnahmen, die der ganzen Region massiv schaden. Und das schon, bevor die Vorlage überhaupt angenommen wurde. Wer sich hinter die USR III stellt, stellt sich gegen die Bevölkerung und alle sozialen Errungenschaften.